



Inhaltsverzeichnis

EWN Entsorgungswerk für Nuklearanlagen GmbH	3
21.11.2025 NDR: Atommüll-Endlager: Bundesamt will schnellere Suche	4
22.11.2025 Bremer Nachrichten Bremen: Mehr Tempo bei Endlagersuche	6
22.11.2025 RUNDBLICK - Politikjournal für Niedersachsen: Worauf sich mögliche Endlager-Standorte schon jetzt dringend vorbereiten sollten	7
22.11.2025 Isenhagener Kreisblatt: Endlager: „Wittingen ist noch drin“	9
21.11.2025 Berliner-Zeitung.de: 14 Milliarden Euro: Ingenieure berechnen für Merz die Atommüll-Kosten neu	10
21.11.2025 dpa-Basisdienst: BUND will keine Abstriche bei Endlagersuche zulassen (Foto Archiv)	13
22.11.2025 Kreiszeitung: Dorf bleibt Kandidat für Atommüll-Endlager – doch viele Fragen bleiben offen	14

EWN Entsorgungswerk für Nuklearanlagen GmbH

 NDR

Atommüll-Endlager: Bundesamt will schnellere Suche

21. November 2025 17:28 | Medienart: Online

[Originalartikel](#) (Online Website)

Die Suche nach einem **Atommüll-Endlager** zieht sich hin. Bis ein Standort feststeht, wird es noch Jahrzehnte dauern. Kommt jetzt mehr Tempo ins Verfahren?

Der Chef der **Atommüll-Bundesbehörde BASE**, Michael Kühn, will die bundesweite Suche nach einem **Endlager**-Standort beschleunigen. Er hat sich im Gespräch mit dem NDR Niedersachsen optimistisch gezeigt, "bis zur Mitte des laufenden Jahrhunderts" einen Standort gefunden zu haben - also etwa bis zum Jahr 2050. Kühn bezeichnete es als Frage der Generationengerechtigkeit, dass "diejenigen, die von der Stromproduktion profitiert haben, am Ende auch die Lösung für die Abfälle finden." Im Moment gehen Fachleute davon aus, dass ein Standort für ein **Atommüll-Endlager** erst im Jahr 2075 feststehen könnte.

Bis zum Jahr 2027 fallen weitere Regionen raus

Um das Verfahren schneller zu machen, müssten die Regeln per Gesetz geändert werden. Auch Bundesumweltminister Carsten Schneider (SPD) hatte bereits eine schnellere Suche gefordert - er will dafür im kommenden Jahr einen Gesetzentwurf vorlegen. Im Moment ist etwa ein Viertel der Fläche Deutschlands noch in der Auswahl für einen **Endlager**-Standort. Bis zum Jahr 2027 fallen weitere Regionen raus, bis nur noch einige wenige übrig bleiben. In Hannover tauschen sich zurzeit Bürger, Fachleute, Kommunalvertreter und Umweltschützer über das Verfahren aus.

Endlager-Suche "auf Augenhöhe"

Es gehe darum, die **Endlager**-Suche "auf Augenhöhe" mit der Bürgerschaft zu organisieren, sagte **BASE**-Chef Kühn. Er verwies bei der Veranstaltung in Hannover auf das gescheiterte **Endlager**-Projekt Gorleben. Man müsse aus der Geschichte lernen. "Wir wünschen uns eine Aufmerksamkeit für das Thema, dass es nicht im stillen Kämmerlein vorangeht."

Umweltschützer weiterhin nicht zufrieden

Beim **Endlager**-Forum informieren sich die Teilnehmer über die Regionen und die Methoden der Suche. Umweltschützern geht die Transparenz nicht weit genug. "Wir kritisieren, dass es keine rechtliche Bindung gibt", sagte **BUND-Atomexperte** Bernd Redeker. "Das, was hier beschlossen wird, hat keine Konsequenzen." Die Bürgerinitiative Lüchow-Dannenberg erklärte, eine Beschleunigung der Suche dürfe nicht zu Lasten der Sicherheit gehen.

Castor-Behälter stehen in Gorleben

Deutschland sucht ein **Atommüll-Endlager**, in dem der strahlende Abfall für mindestens eine Million Jahre sicher ist. Es geht um den Müll aus den deutschen **Atomkraftwerken**. Im Moment stehen die Castor-Behälter in einer Halle in Gorleben - überirdisch. Weitere Zwischenlager befinden sich in ganz Deutschland. Künftig soll der Müll tief unter der Erde lagern. Verschiedene Gesteinsarten kommen nach jetzigem Stand dafür in Frage.

Mehr Tempo bei Endlagersuche

Bundesumweltminister Schneider will mit Gesetzesnovelle Verfahren beschleunigen

Hannover. Bei der Suche nach einem Atomendlager in Deutschland will Bundesumweltminister Carsten Schneider schneller vorankommen. "Eine deutliche Beschleunigung der Endlagersuche ist möglich und nötig", sagte der SPD-Politiker in einer Grußbotschaft für das vierte Forum Endlagersuche in Hannover. Damit dies ohne Abstriche bei Sicherheit und Beteiligung gelingen könne, seien intensive Gespräche geführt worden.

"Ziel ist eine zeitnahe Novelle des Standortauswahlgesetzes", sagte der Umweltminister. Seiner Einschätzung nach werden das Interesse am Auswahlverfahren und an einer aktiven Beteiligung in den Regionen steigen. Daher müsse jetzt der Grundstein für eine erfolgreiche Partizipation gelegt werden.

Anfang November hatten die zuständigen Experten die geeigneten Regionen

auf 25 Prozent der deutschen Landesfläche eingegrenzt. Dort seien die geologischen Bedingungen entweder für eine unterirdische Lagerung aus heutiger Sicht geeignet oder es habe noch keine Bewertung gegeben, teilte die BGE im niedersächsischen Peine mit.

Besonders in Norddeutschland kommen derzeit noch große Teile für ein späteres Endlager infrage – aber auch im Süden gibt es noch mögliche Standorte. Ende 2027 will die BGE Standortregionen für die oberirdische Erkundung vorschlagen. Die finale Entscheidung über diese zu erkundenden Standortregionen trifft aber der Gesetzgeber.

Für den Umweltverband BUND muss bei der Standortwahl Sicherheit vor Schnelligkeit stehen. "Es darf keine Abstriche bei Wissenschaftlichkeit, Transparenz, Sicherheit und Beteiligung geben", sagte BUND-Chef Olaf Bandt. Al-

les andere verspiele Vertrauen und gefährde das Verfahren.

BUND: Sicherheit vor Schnelligkeit

Die Vergangenheit habe bereits gezeigt, dass ein übereiltes, unwissenschaftliches Verfahren zum Scheitern verurteilt sei, sagte Bandt und nannte das Scheitern in Gorleben als Beispiel. Ein erneutes Scheitern wäre eine Katastrophe für heutige und zukünftige Generationen.

Die Eingrenzung der Regionen zeigt für den Umweltverband, dass eine wissenschaftsbasierte Suche im Rahmen der Gesetze solide Ergebnisse liefern könne. Großen Nachbesserungsbedarf gebe es aber in der Nachvollziehbarkeit und Allgemeinverständlichkeit, sagte Bandt. "Die BGE muss dringend mehr Transparenz herstellen und offene Fragen klären", forderte er.

Wörter: 312
Autor/-in: Christian Brahmann
tmt715iow9nigo1dclbi38x
Seite: 15
Ressort: NIEDERSA
Medienkanal: PRINT
Mediengattung: Tageszeitung
Medientyp: PRINT

Ausgabe: Hauptausgabe
Auflage¹: 3.863 (gedruckt)
4.523 (verkauft)
4.946 (verbreitet)
Reichweite²: 0,01671 (in Mio)

¹ von PMG gewichtet 10/2025

² von PMG gewichtet 7/2025

Worauf sich mögliche Endlager-Standorte schon jetzt dringend vorbereiten sollten

Den 31. Dezember 2027 sollte sich jeder, der in Niedersachsen politisch aktiv ist, rot im Kalender markieren. Denn spätestens an diesem Tag wird die Bundesgesellschaft für Endlagerung (BGE) bekanntgeben, welche Regionen als Standort für ein Endlager für hochradioaktiven Atommüll infrage kommen – zumindest nach Aktenlage. Dass Niedersachsen dabei eine gewichtige Rolle spielen wird, davon gehen eigentlich alle aus. Dass sich die Behörde aber tatsächlich bis zum Silvestertag Zeit lassen wird, davon gehen die Fachleute eher nicht aus. Der 1. Januar 2028 gilt dennoch als der offizielle Startpunkt für das, was Christian Kühn, der Präsident des Bundesamts für die Sicherheit der nuklearen Entsorgung (BASE) kürzlich in den Worten Hannah Arendts beschrieben hat. Politik brauche einen „öffentlichen Raum des Handelns“, zitierte Kühn die in Linden (heute ein Stadtteil Hannovers) geborene Philosophin. Und im Prozess der Endlagersuche solle diese „Polis“ durch sogenannte Regionalkonferenzen hergestellt werden. Wie diese aussehen sollen, wurde an diesem Wochenende in Arendts Geburtsstadt angeregt diskutiert. Mehr zum Thema

LBEG fordert: Wenn wir die Endlagersuche überprüfen sollen, muss die BGE Daten liefern

9. Nov. 2025 · Meldung · Niklas Kleinwächter

BGE schließt weitere Endlager-Standorte aus

3. Nov. 2025 · Notiz · Niklas Kleinwächter

Gut 300 Teilnehmer waren am vergangenen Freitag und Sonnabend im Hannover-Congress-Centrum (HCC) zusammengekommen, viele weitere verfolgten das Geschehen am Bildschirm. Dass das vierte Forum Endlagersuche nach

Mainz, Halle (Saale) und Würzburg nun in Hannover veranstaltet wurde, sei nicht nur die Folge einer praktischen, organisatorischen Entscheidung gewesen, betonte BASE-Chef Kühn. Vielmehr sei die niedersächsische Landeshauptstadt auch ein symbolischer Ort für die Endlagerbewegung, in deren kollektives Gedächtnis sich Chiffren wie Gorleben, Asse oder Konrad in den vergangenen Jahrzehnten eingegraben hätten. Und dass so etwas inzwischen überhaupt möglich ist, ein Zusammentreffen von Behörden und Zivilgesellschaft, von Umsetzern und Kritikern, sei „Ausdruck eines politisch-kulturellen Wandels“, den Kühn mit einem Wunder verglich. Es sei eine Mammutaufgabe, vor der die Bundesbehörden derzeit stehen: Nicht nur soll in den kommenden Jahren der beste Standort für ein Atommüll-Endlager gefunden werden. Der Prozess dazu soll auch noch lernend, selbsthinterfragend, transparent, partizipativ und natürlich wissenschaftsbasiert sein. „Kein anderes Infrastrukturprojekt hat diese Aufgabe“, sagte Kühn und bezeichnete die Beteiligung als „elementaren Bestandteil“ dieses lernenden Verfahrens.

Auffangen sollen diese umfassenden Erwartungen also die Regionalkonferenzen, die „unmittelbar“ nach der Bekanntgabe der Standortregionen gebildet werden sollen. Aber wie soll das gelingen? Zunächst versucht die BGE auf dem Weg dahin, die Aufmerksamkeit nicht zu stark abflachen zu lassen. Kürzlich wurde ein Zwischenstand veröffentlicht, in dem erstmals Regionen türkis gekennzeichnet waren. In diesen Gebieten dürfte das Interesse am Verfahren schlagartig gestiegen sein. Die ersten Prüfschritte der sogenannten „repräsentativen vorläufigen Sicherheitsuntersuchung“ wurden in diesen Regionen bestanden: Es spricht dort also bislang nichts dagegen, der einst ein Endlager zu errichten. Zur Erinnerung: In Niedersachsen trifft das vor allem auf die Region Hannover und den

Landkreis Peine zu, aber auch weiter westlich in den Landkreisen Schaumburg, Diepholz, Osnabrück und Emsland finden sich türkise Flächen. Im kommenden Jahr wird die BGE erneut einen Zwischenstand veröffentlichen. Zudem soll, wie erst vor wenigen Wochen bekannt wurde, auch im Frühjahr 2027 noch ein letzter Zwischenstand herausgegeben werden, bevor Ende des Jahres dann die finale Karte erscheint.

„Die Regionalkonferenzen brauchen unsere ganze Zuwendung“, sagte Asta von Oppen beim vierten Endlager-Forum in Hannover. Die erfahrene Aktivistin aus Gorleben beäugt das Auswahlverfahren streng. Wird nach Beschleunigung verlangt, mahnt sie die Beteiligung an, die gründlich ablaufen müsse. „Wir müssen die Konferenzen jetzt vorbereiten, auch wenn sie erst 2028 beginnen.“ Entscheidend sei es, die Bewohner der möglichen Standortregionen in die Lage zu versetzen, „mit ihren Fragen den Finger in die Wunde zu legen, damit es in späteren Zeiten keine Rücksprünge geben muss, weil Fehler gemacht wurden.“ Die behördliche Aufsicht der Arbeit der BGE liegt zwar beim BASE – doch die Endlager-Aktivisten vertrauen nicht auf den Staat allein. Ein entscheidendes Instrument der Bewohner der Standortregionen wird daher der sogenannte Nachprüfungsantrag sein. Sind die Regionalkonferenzen erst einmal arbeitsfähig, beginnt für sie eine Frist von sechs Monaten, binnen derer ein entsprechender Antrag eingereicht werden kann.

Beim Endlager-Forum in Hannover erklärte in diesem Zusammenhang Sebastian Stransky, der zuständige Abteilungsleiter im BASE, dass seine Aufsicht jeden dieser Anträge prüfen werde. Das Ziel sei es zwar, dass Ende 2027 ein Vorschlag ganz ohne Mängel vorgelegt wird. Dass dies gelingt, bezweifeln aber nicht nur die engagierten Bürger, sondern auch die Behörde selbst

räumt ein, dass Fehler passieren können. Das BASE prüfe dann, ob es sich bei dem gemeldeten Mangel tatsächlich um einen solchen handelt und falls ja, ob dieser zwingend behoben werden muss, weil sonst der weitere Prozess beeinträchtigt wäre. Jeder gemeldete Mangel, versicherte Stransky, werde dokumentiert und anschließend in die Empfehlung der Behörde mit einfließen. Diese Empfehlung soll schließlich vom Bundesumweltministerium in einen Gesetzestext überführt werden, den der Bundestag dann beschließen kann. Erst dann wird die übertägige Erkundung der Standortregionen beginnen. Es liegt ab diesem Punkt noch immer ein gutes Wegstück vor dem Ziel, einen Endlager-Standort gefunden zu haben.

In den möglichen Standortregionen stellt sich derweil schon jetzt die Frage, wie die Bewohner „vom Laien zum Geologen“ werden können, wie es Maximilian Hipp vom Planungsteam des Endlager-Forums formulierte. Antworten dazu gab Ina Stelljes, die im BASE die Abteilung für Beteiligung leitet. Man beginne mit der Informationsarbeit frühzeitig, sagte sie. Und auch das Endlager-Forum sei ja ein Format, das beispielsweise interessierte Bewohner über die verwendete Methodik oder ähnliches aufklärt. Sobald der Vorschlag für die Standortregionen schließlich auf dem Tisch liegt, werde die Be-

hörde aktiv mit der Informationsarbeit vor Ort beginnen. Die Regionalkonferenzen seien dann der Ort, an dem der Bedarf nach Diskussion in einem strukturierten Rahmen geboten werden könne. Die Konferenzen hätten dann auch den rechtlichen Anspruch, sich wissenschaftliche Unterstützung zu holen. Auch seien spezielle Bildungsprogramme in Planung, die sich an jene Menschen richten, die sich vor Ort einbringen möchten. Das Endlager-Verfahren in der Schweiz habe dafür gute Vorlagen geliefert, meint Stelljes.

An zwei weiteren Hilfestellungen für die Standortregionen werde aktuell außerdem noch gearbeitet. Das eine sei ein Handbuch, das wie eine Gebrauchsanweisung dabei helfen soll, die Beteiligungsverfahren vor Ort aufzubauen. Stelljes erläuterte auf Nachfrage, dass darin rechtliche Regelungen dargelegt und Empfehlungen zum Ablauf der Vollversammlungen abgegeben werden. Zudem soll es eine Muster-Geschäftsordnung geben, damit nicht in jeder Region bei null angefangen, sondern die Arbeitsfähigkeit schnell hergestellt werden kann. Das Handbuch werde nun bis zum Herbst 2027 erarbeitet. Dabei sollen bereits in dem Erstellungsprozess auch die Impulse von kommunalen Vertretern und der allgemeinen Öffentlichkeit aufgenommen werden. Die Akteure vor Ort spielen für den späteren Beteiligungsprozess ohnehin eine

entscheidende Rolle, wie Stelljes weiter ausführte.

Als zweite Hilfestellung für die regionalen Verfahren sollen daher sogenannte Prozessbegleiter in den Regionen den Austausch mit der Kommunalpolitik, den Verbänden und Kammern pflegen. Dazu wird die BASE nach der Vorstellung der Standortkarte die geologische Abgrenzung mit den Grenzen der politischen Körperschaften abgleichen und dann rasch auf eine Vernetzung drängen. Wie genau die Prozessbegleitung organisiert sein soll, sei derzeit allerdings noch nicht klar. Sicher ist allerdings, dass das BASE vor Ort Geschäftsstellen errichten wird, die administrative Funktionen, die Moderation von Veranstaltungen oder die Organisation von Prozessen übernehmen werden.

Zwei Forderungen gab Asta von Oppen dem BASE-Team dann noch mit auf dem Weg: Die Bewohner der Standortregionen sollten nicht auf sich allein gestellt bleiben. Zum einen sollte es eine nationale Unterstützung aus der Zivilgesellschaft geben können. Zum anderen müsse zeitnah ein Expertenpool aufgebaut werden, damit auch ausreichend Wissenschaftler beraten können. Im Sinne der Unabhängigkeit sollten diese aber nicht vom BASE kommen. So weit reicht das Vertrauen eben noch nicht.

Wörter: 1.228
Autor/-in: Niklas Kleinwächter
Medienkanal: ONLINE
Mediengattung: Online News
Medientyp: ONLINEMEDIEN

Ausgabe:

Einzelausgabe

Weblink: <https://rundblick-niedersachsen.de/worauf-sich-moegliche-endlager-standorte-schon-jetzt-dringend-vorbereiten-sollten>

Endlager: „Wittingen ist noch drin“

Einbunkern von Atommüll: Diese Orte im Kreis sind bei der Suche noch im Rennen

Landkreis Gifhorn – Die Endlagersuche ist im vollen Gange. Überall in der Bundesrepublik, fast auf der Hälfte der Landesfläche, wird derzeit nach geeigneten Standorten gesucht, an denen in noch weiter Zukunft hochradioaktiver Abfall gelagert werden kann. Auch der Landkreis Gifhorn ist noch nicht aus dem Rennen, wie Antje Präger, Fachbereichsleiterin Umwelt, jetzt dem Bau- und Umweltausschuss erklärte.

Derzeit wird das Land anhand von Karten zur Bodenbeschaffenheit überprüft und in verschiedenen geeignete Gebiete aufgeteilt. Einige Flächen im Landkreis sind noch grau – das bedeutet, sie sind noch nicht in das Kataster eingepflegt, wie Präger erläuterte. Andere sind bereits ausgeschlossen.

Im Nordkreis befinden sich Salzstöcke, die grundsätzlich geeignet sind, im Gegensatz zu anderen Bodenschichten. „Wittingen ist noch drin“, erklärte Präger. Die benachbarten Altmark-Orte Nettgau und Waddekath sind dagegen bereits ausgeschlossen. Auch im Südwesten des Landkreises liegt ein Areal mit Tongestein, das die ersten beiden Testphasen überstanden hat und ebenfalls noch geeignet sein könnte, genau gesagt in den Gemeinden Hillerse

und Leiferde sowie einem Teil der Gemeinde Meinersen.

In der ersten Phase der Untersuchungen, die aus mehreren Teilen besteht, wird lediglich die geologische Beschaffenheit berücksichtigt, erklärte Präger. Wohnbebauung spiele da gar keine Rolle, das werde in späteren Schritten in Augenschein genommen. Das für die ersten Untersuchungen verwendete Kartenmaterial ist 5 bis 50 Jahre alt, sagte sie auf Nachfrage. „Das ist für die Geologie ein sehr kleiner Zeitraum, sodass die Karten noch aktuell sind.“ Das künftige Endlager muss eine bestimmte Größe und dann mindestens 300 Meter Erdschicht über sich haben. Es gibt diverse Ausschlusskriterien. Eine Erdwärmebohrung etwa würde ein Endlager stören.

Anfang 2027 werde man schlauer sein, welche Flächen im Land aus geologischer Sicht geeignet sind. Die Bundesgesellschaft für Endlagerung (BGE) werde dann bundesweit sechs geeignete Standorte benennen. Daraufhin werden die Ergebnisse 2028 vom Bundestag überprüft, der dann Gesetze und Erlasse beschließen muss, damit die Phase 2, die übertägige seismische Untersuchung, durch das Bundesamt für die

Sicherheit der nuklearen Entsorgung (BASE) erfolgen kann.

Am Ende sollen dann noch zwei Standorte übrigbleiben, wo ein Bergwerk gebaut werden soll für untertägige Untersuchungen. Dann wird es auch Öffentlichkeitsbeteiligung und Regional-Konferenzen in den betroffenen Gebieten geben.

Begonnen hatte die Endlagersuche bereits 2017, nun sei man am Übergang zu Schritt zwei in Phase eins, fasste Präger zusammen. „Deswegen gibt es auch keinen Grund, einen Riesenaufriss zu machen. Aber wir sollten die Entwicklung aufmerksam beobachten.“ Laut Fernsehberichten mit der endgültigen Einlagerung in ein Endlager wohl um die Jahrhundertwende zu rechnen. Der Müll soll dort eine Millionen Jahre strahlen, in den ersten 500 Jahren aber rückholbar sein. Der gesamte Prozess, je näher er dem Ende kommt, werde wohl auch Proteste vor Ort hervorrufen, sagte Präger. Informationen und Newsletter gibt es während der gesamten Endlagersuche unter <https://www.bge.de/de> und www.base.bund.de. BURKHARD OHSE

Wörter:	465
Seite:	2
Ressort:	Lokales
Medienkanal:	PRINT
Mediengattung:	Tageszeitung
Medientyp:	PRINT

Ausgabe:	
Auflage ¹ :	

Einzelausgabe	
3.426 (gedruckt)	
4.605 (verkauft)	
4.784 (verbreitet)	



Die EU rügt Deutschlands Endlager-Strategie – und nun legt eine Ingenieursgruppe eine radikal neue Kostenrechnung vor. Für Merz wächst der Druck, den Kurs zu ändern.

14 Milliarden Euro: Ingenieure berechnen für Merz die Atommüll-Kosten neu

Die EU rügt Deutschlands Endlager-Strategie – und nun legt eine Ingenieursgruppe eine radikal neue Kostenrechnung vor. Für Merz wächst der Druck, den Kurs zu ändern.

Längst ist klar, dass die Suche nach einem Endlager und die Entsorgung der radioaktiven Abfälle für Deutschland teuer werden – erst recht seit dem Atomausstieg. Die Ampel-Regierung rechnet für die atomare Entsorgung bis 2100 mit rund 170 Milliarden Euro.

Nun stellt eine Ingenieurs- und Physikergruppe die offiziellen Kostenschätzungen offen infrage. Das Team um den Endlagerplaner Volker Goebel vom privaten DBHD-GDF Institute, einem Ingenieurbüro für Endlagerkonzepte, kommt in eigenen Berechnungen auf lediglich 14,3 Milliarden Euro – verteilt über Jahrzehnte ab 2028.

Die Kalkulationen, die der Berliner Zeitung vorliegen, wurden am Donnerstag auch an die neue Bundesregierung übermittelt. Sie werfen zentrale Fragen auf: Wie teuer muss eine deutsche Endlagerinfrastruktur tatsächlich werden? Und folgt der bisherige technische Ansatz der BGE noch den richtigen Prämissen?

Ingenieurgruppe legt Alternativrechnung für Endlagerkosten vor

Deutschland steht vor einer neuen Kosten-Debatte um seinen Atommüll: Schon heute verursacht die Zwischen- und Endlagerung jährlich Milliarden aus dem Umweltetat. Nach Schätzungen von Bundes- und Landesbehörden droht damit weitaus mehr als 24 Milliarden Euro, die die Kraftwerk-Betreiber in den Entsorgungsfonds (KENFO) eingezahlt haben, allein für den Bau und

Betrieb von Lagern aufzugehen – mit offenem Ende nach oben. Die Gruppe von Ingenieuren und Physikern hält dagegen: Aus ihrer Sicht wäre ein alternatives Modell deutlich günstiger.

Die Bundesregierung folgt bislang dem im Standortauswahlgesetz und Nationalen Entsorgungsprogramm (NaPro) festgeschriebenen Pfad: Zuerst soll in einem langwierigen Suchverfahren ein „bestmöglicher“ Standort für ein tiefengeologisches Endlager für hochradioaktive Abfälle gefunden werden, erst danach wird die konkrete Bauweise festgelegt. Die Bundesgesellschaft für Endlagerung (BGE) setzt dabei seit Jahrzehnten auf ein Standardmodell: ein Schacht links, ein Schacht rechts, dazwischen kilometerlange horizontale Strecken, in die 60-Tonnen-Behälter eingebracht werden sollen – ein Projekt mit gewaltigen Bauvolumina, hohen Sicherheitsauflagen und entsprechend hohen Kosten.

Hinzu kommt ein historischer Ballast: alte Projekte wie die Schachanlage Konrad in Salzgitter oder „die Asse“ in Wolfenbüttel (beide in Niedersachsen) haben sich als technisch problematisch oder politisch kaum vermittelbar erwiesen, meint Ingenieur Goebel auf Anfrage der Berliner Zeitung. Gleichzeitig würden sie im offiziellen Programm weitergeführt, weil es kaum Alternativen gebe. „Verzögerungen, Nachbesserungen, Wasserzutritte in bestehenden „nassen“ Untertagebauwerken und neue Sicherheitsanforderungen treiben

die Planungen immer wieder nach oben“ – aus Schätzungen im zweistelligen Milliardenbereich. Sie seien längst zu Szenarien geworden, in denen Gesamtkosten von „100 bis 200 Milliarden Euro nicht mehr ausgeschlossen“ würden.

Die Gegenrechnung der Ingenieure zum Atommüll

Hier setzt das Bündnis um den Endlagerplaner Goebel an. Das Konsortium aus zwölf Ingenieuren und Physikern – darunter Fachleute wie der ehemalige Paderborner Physik-Hochschullehrer Gerhard Herres und Elektroingenieur Lutz Hillebrand – hat ein eigenes nationales Entsorgungsprogramm („NaPro“) erarbeitet. Nach dessen Kalkulationen ließe sich die gesamte deutsche Endlagerinfrastruktur für rund 14,3 Milliarden Euro realisieren – verteilt über 44 Jahre, also im Schnitt etwa 325 Millionen Euro pro Jahr ab 2028. Für den angeschlagenen Bundeshaushalt wäre das eine erhebliche Entlastung für den Bundeshaushalt.

Der Vorschlag sieht vier Endlager vor: zwei Anlagen für mittel- und schwachradioaktive Abfälle (MLW/LLW) zu jeweils 0,9 Milliarden Euro und zwei für hochradioaktiven Abfall (HLW) zu jeweils 1,3 Milliarden Euro. „Hinzukommen müssten die Kosten für die Konditionierung und Behälterbefüllung – etwa in La Hague in Frankreich – sowie Bahntransporte und Kompensationen für Anwohner“, so Goebel, die in der Schätzung bereits mitgedacht sei-

en. Im Vergleich zu den laufenden offiziellen Planungen, bei denen allein ein Großprojekt schnell im Bereich von 35 Milliarden Euro und mehr landen könnte, versteht sich das Ingenieursmodell als „Sparprogramm mit höherer Sicherheit“.

Kritik am bisherigen Endlager-System

Die Ingenieure kritisieren weniger einzelne Behördenmitarbeiter als die Logik des Systems. Aus ihrer Sicht haben sich BGE und Aufsichtsbehörden ein bürokratisches Universum geschaffen, das gut bezahlte Stellen und Aufgaben produziert, aber wenig greifbare Fortschritte. Ein „Endlager-Tanker“ sei in Fahrt, der seit Jahrzehnten mit denselben Grundannahmen unterwegs sei, obwohl sich Technik, Geologie- und Sicherheitsverständnis weiterentwickelt hätten. „Früher wäre wir als Systemgegner verstanden worden. Doch heute erwacht der Reformwille und vielleicht hört man uns mal zu“, so Goebel.

Sein für den Anlass vor 14 Jahren gegründetes Institut DBHD GDF versteht sich als Schwarmintelligenz aus radioaktivitäts-affinen Wissenschaftlern, die für die Sache brennen. Legitimität zugesprochen hat man ihnen von Regierungsseite noch nicht. Die Fakten sehen sie als Grundlage.

Hart geht das Bündnis auch mit der politischen Strategie ins Gericht. Nach ihrer Lesart wurde die europäische Richtlinie missverstanden: Statt zunächst eine überzeugende, wissenschaftlich belastbare Methode festzulegen und diese dann in einem geeigneten geologischen Fenster umzusetzen, habe Deutschland die Reihenfolge umgedreht und sich auf die Suche nach einem „perfekten“ Punkt auf der Landkarte gemacht. „Herausgekommen ist eine Karte mit Tausenden potenziellen Endlager-Standorten, die sich kaum unterscheiden – und ein Suchprozess, der Jahrzehnte dauern soll.“

Der alternative Ansatz: tief, trocken, Salz

Kern von Goebels Konzept ist die Rückbesinnung auf Erfahrungen mit Salzformationen. In der Vergangenheit galt Steinsalz als problematisch, weil es „fließt“ und sich über lange Zeiträume verformt. Die Ingenieure verweisen jedoch auf Beispiele wie das historische Bergwerk Siegmundshall (Niedersachsen), in dem sich bei einer Bohrung der Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe (BGR) im März gezeigt habe, dass Salz Gase und Flüssigkeiten zuverlässig einschließen kann, wenn bestimmte Tiefen und Schichtabfolgen eingehalten werden.

Auch die bundeseigene BGE führt dazu ein offizielles Protokoll. In etwa 1200 Metern Tiefe liege ein geeigneter Horizont, 350 Meter tiefer folge eine geologische Barriere, die das System nach unten gasdicht abschließe – die darüber kriechenden Salzschieben würden das Lager gewissermaßen „von selbst“ verschließen.

Anstatt extrem langer Tunnel und komplizierter Schachtanlagen setzen die Ingenieure auf eine kompaktere Bauweise mit vertikalen Bohrungen und deutlich geringeren Hohlraumvolumen. Moderne Bohrtechniken sollen es ermöglichen, tief in trockene, stabile Schichten vorzudringen, Endlagerbehälter in Bohrlöcher einzubringen und diese kontrolliert zu verfüllen. Das soll nicht nur kostengünstiger sein, sondern aus Sicht der Initiatoren auch sicherer, weil weniger Infrastruktur über Jahrhunderte offen gehalten und überwacht werden müsse.

Das Großprojekt Atomendlager-Suche machte Anfang November nach Regierungsangaben einen weiteren Schritt nach vorn: Nach jüngster Einschätzung der Bundesgesellschaft für Endlagerung (BGE) kommen noch 25 Prozent der deutschen Landesfläche für ein mögliches Endlager in Frage - im vergangenen Jahr waren es noch 44 Prozent gewesen. Die Experten sieben in einem mehrstufigen Prozess immer mehr Regionen aus. Für Experten ist dieses Vorgehen sehr langsam.

Vorwurf der Expertengruppe: „Falsches, nasses, teures“ Bauen

Das Bündnis wirft der Bundesregierung vor, trotz der EU-Mahnschreiben im Jahr 2022 am alten Kurs festzuhalten. Ein laufendes Vertragsverletzungsverfahren aus Brüssel gegen Deutschland kritisiert insbesondere, dass das bisherige nationale Entsorgungsprogramm fachlich lückenhaft ist und zu wenig belastbare, langfristige Lösungen präsentiert. Die Ingenieure sehen darin eine Chance: Ihr „NaPro“ wird ausdrücklich so formuliert, dass es sich als methodische Ergänzung in den europäischen Rahmen einfügen ließe, ohne einen konkreten Standort vorwegzunehmen.

In einer ausführlichen Mail an alle Kabinettsmitglieder, die der Berliner Zeitung vorliegt, legen die Ingenieure ihre Zahlen und Überlegungen dar – und liefern der Regierung gleich einen Textvorschlag mit. Die Bundesregierung solle gegenüber Bundestag und EU klarstellen, dass es mit der sogenannten DBHD-Methode (dem von Goebel entwickelten Bohr- und Endlagerkonzept) einen neuen Ansatz gebe, der geprüft und weiterentwickelt werden solle. Wichtig sei, dass im offiziellen Entsorgungsprogramm nicht länger der Eindruck entstehe, es gebe nur eine Linie, nämlich die der BGE.

Politisch brisant ist vor allem der Kostenteil: Legt man die 14,3 Milliarden Euro für das Gesamtpaket zugrunde, könnten die jährlichen Aufwendungen in einer Größenordnung bleiben, die auch in einem angespannten Bundeshaushalt darstellbar wäre. Goebel richtet einen Appell an Merz: „Handeln Sie noch während ihrer Amtszeit. Sie verträdeln sonst Jahrzehnte.“ Bleibt die Regierung dagegen bei Großprojekten nach bisherigem Muster, weit höhere Summen drohen – in einer Situation, in der der Merz-Koalition mit Schuldenbremse, teuren Sozialversprechen und großen Investitionslücken ohnehin kaum Luft bleiben würde. Haben Sie Feedback? Schreiben Sie uns gern! briefe@berliner-zeitung.de

Wörter:	1.304	Ausgabe:	Einzelausgabe
Autor/-in:	Lukas Kuite https://www.berliner-zeitung.de/autoren/lukas-kuite-li.2242297	Visits (VpD) ¹ :	115.841
Rubrik:	Bundesregierung		
Medienkanal:	ONLINE		
Mediengattung:	Online News		
Medientyp:	ONLINEMEDIEN		
Weblink:	https://www.berliner-zeitung.de/wirtschaft-verantwortung/14-milliarden-euro-ingenieure-berechnen-fuer-merz-die-atommuell-kosten-neu-li.10006748		



BUND will keine Abstriche bei Endlagersuche zulassen (Foto Archiv)

Wie kommt die Suche nach einem Endlager für Atommüll voran? In Hannover steht eines der wichtigsten Umweltprojekte des Landes im Fokus. Für den Umweltverband BUND stehen die Maßstäbe fest.

Hannover (dpa) - Bei der Suche nach einem Atomendlager in Deutschland muss für den Umweltverband BUND Sicherheit vor Schnelligkeit stehen. «Es darf keine Abstriche bei Wissenschaftlichkeit, Transparenz, Sicherheit und Beteiligung geben», sagte der BUND-Vorsitzende, Olaf Bandt. Alles andere verspiele Vertrauen und gefährde das Verfahren.

Der BUND-Chef äußerte sich mit Blick auf das vierte Forum Endlagersuche, das von diesem Freitag an in Hannover stattfindet. Das jährliche Treffen dient dem Austausch zwischen interessierter Öffentlichkeit, Zivilgesellschaft, Behörden, Politik, Wissenschaft und Kommunen. Diskutiert werden der aktuelle

Stand der Endlagersuche sowie die Aufsicht beim Auswahlverfahren.

Noch 25 Prozent Fläche im Rennen um Atomendlager

Anfang November hatten die zuständigen Experten die geeigneten Regionen auf 25 Prozent der deutschen Landesfläche eingegrenzt. Dort seien die geologischen Bedingungen entweder für eine unterirdische Lagerung aus heutiger Sicht geeignet oder es habe noch keine Bewertung gegeben, teilte die Bundesgesellschaft für Endlagerung (BGE) im niedersächsischen Peine mit.

Besonders in Norddeutschland kommen derzeit noch große Teile für ein späteres Endlager infrage - aber auch im Süden gibt es noch mögliche Standorte. Ende 2027 will die BGE Standortregionen für die oberirdische Erkundung vorschlagen. Die finale Entscheidung über diese zu erkundenden Standortregionen trifft aber der Gesetzgeber.

Scheitern in Gorleben als mahnendes Beispiel

Auf dem Weg dorthin muss für den BUND der Maßstab Sicherheit vor Schnelligkeit bei der Bewertung bleiben. Die Vergangenheit habe bereits gezeigt, dass ein übereiltes, unwissenschaftliches Verfahren zum Scheitern verurteilt sei, sagte Bandt und nannte das Scheitern in Gorleben als Beispiel. Ein erneutes Scheitern wäre für den BUND-Vorsitzenden eine Katastrophe für heutige und zukünftige Generationen.

Die Eingrenzung der Regionen zeigt für den Umweltverband, dass eine wissenschaftsbasierte Suche im Rahmen der Gesetze solide Ergebnisse liefern könne. Großen Nachbesserungsbedarf gebe es aber in der Nachvollziehbarkeit und Allgemeinverständlichkeit, sagte Bandt. «Die BGE muss dringend mehr Transparenz herstellen und offene Fragen klären», forderte er.

Wörter: 326
Ressort: Politik
Medienkanal: ONLINE
Mediengattung: Nachrichtenagentur
Medientyp: AGENTUR

Ausgabe:

Einzelausgabe

EWN Entsorgungswerk für Nuklearanlagen GmbH

 Kreiszeitung

Dorf bleibt Kandidat für Atommüll-Endlager – doch viele Fragen bleiben offen

22. November 2025 19:00 | Medienart: Online

[Originalartikel](#) (Online Website)

22.11.2025, 19:00 Uhr

Von: Nala Dernier

Drucken Teilen

2027 soll feststehen, ob Eitzendorf als potenzieller **Endlager**-Standort in Phase zwei übergeht. Viele Fragen zur Sicherheit bleiben offen.

Eitzendorf - Eitzendorf ist nach wie vor im Rennen rund um die Suche nach einem Standort für ein **Atommüll-Endlager**. Noch bis 2027 müssen sich die Einwohner gedulden, denn erst dann soll feststehen, ob der örtliche Salzstock die Prüfungen der Phase eins erfolgreich bestanden hat und in die Phase zwei, die **überträgige Erkundung**, aufgenommen wird. So hat es die Bundesgesellschaft für **Endlagerung** (BGE) angekündigt, als sie kürzlich den neuesten Arbeitsstand in dem Verfahren vorstellte, erzählt Volker Wollschläger, Sprecher der Bürgerinitiative (BI) Eitzendorf, die sich 2021 unter anderem mit dem Ziel gründete, ein **Endlager** im Ort zu verhindern.

Aktuell werden entsprechende Dokumente und Karten gesichtet. Bei Potenzialflächen, die allerdings größer als 16 Quadratkilometer sind – der Eitzendorfer Salzstock in steiler Lage erstreckt sich über 26 Quadratkilometer – soll eine neue wissenschaftliche Methode angewandt werden, die mehr Zeit in Anspruch nimmt. Ende 2027 will die **BGE** dann Standortregionen für die **überträgige Erkundung** vorschlagen, die vor Ort durch Anwendung von geowissenschaftlichen Messmethoden, wie Schallwellen in den Untergrund und Bohrungen, auf ihre Eignung weitergehend untersucht werden sollen.

Volker Wollschläger nimmt stets an den Videokonferenzen der Bundesgesellschaft teil, informiert sich und recherchiert selbst intensiv zu dem Thema. Er kann nicht verstehen, warum Eitzendorf immer noch als möglicher Standort gehandelt wird: Wie kann es sein, dass man zweimal auf Salz setzt, trotz der negativen Erfahrungen? Und sollen beim dritten Mal weitere Milliarden in den Sand gesetzt werden?, fragt er sich.

Damit nimmt Wollschläger unter anderem Bezug auf Gorleben, das 1977 als Standort für ein **Endlager** für hoch radioaktiven Müll identifiziert worden war. Erst 2020 schied das Gelände endgültig aus, da wissenschaftliche Erkenntnisse zeigten, dass der Salzstock geologisch ungeeignet war. Seitdem seien dem Eitzendorfer zufolge Kosten in Höhe von rund zwei Milliarden Euro entstanden.

In Gorleben sind derzeit noch 113 sogenannte Castoren mit abgebrannten Brennelementen der stillgelegten Kernkraftwerke zwischengelagert. Weitere befinden sich in anderen Atomkraftwerken, die mittlerweile außer Betrieb sind. Es müssen Brennstäbe von insgesamt 1 900 Castoren in einem neuen Endlager untergebracht werden. Doch die Zeit rennt: Laut Wollschläger handle es sich bei den Castoren nicht um Lager-, sondern um Transportbehälter, die nur auf eine 40-jährige Nutzung ausgelegt seien. „Mit dem angepeilten Ziel der BGE, 2031 ein Atommüll-Endlager gefunden zu haben, hätte es also noch einigermaßen gematcht“, meint er. Im Gespräch seien nun aber auch die Jahre 2050 und 2074.

Darüber hinaus lagern im ehemaligen Salzbergwerk Asse (Wolfenbüttel) den Angaben des Eitzendorfers nach derzeit 125 000 Fässer mit schwach- und mittelradioaktiven Abfällen. Dort sind sie allerdings nicht sicher. „2010 gab es in der Asse einen Wassereinbruch“, berichtet Wollschläger. Die Behälter müssen zurückgeholt und das Bergwerk anschließend stillgelegt werden – so lautet der gesetzliche Auftrag an die BGE. Diese allerdings überlege, die Fässer aufgrund der Gefahr, die von den Arbeiten ausgeht, nicht zu bergen, erzählt der BI-Sprecher und meint: „Das wäre fahrlässig, denn irgendwann kommt die Radioaktivität an die Oberfläche.“ 4,7 Milliarden Euro seien bis heute in die Asse geflossen, hat er recherchiert.
